

HEUTE
13.12.2017

Liebe Leserin, lieber Leser



Samuel Thomi

Unbelehrbar! Zu diesem Schluss muss kommen, wer im **Inland** die neueste Recherche meines Kollegen **Henry Habegger** liest. Der Berner Reeder, dessen Hochseeschiffe wegen drohenden Konkurses vor einem halben Jahr vom Bund viel zu günstig verkauft werden mussten, will zurück ins Geschäft. Und der Geschäftemacher, der dem Bund die Schiffe supergünstig abkaufen konnte, macht heute damit gutes Geld. Schier unvorstellbar, was in dem Skandal bis jetzt ans Licht kam. Dabei wurde vor Jahresfrist, zum 75. Geburtstag, die einzigartige Hochseeflotte des Binnenlandes Schweiz noch in höchsten Tönen gefeiert.

Frage des Tages

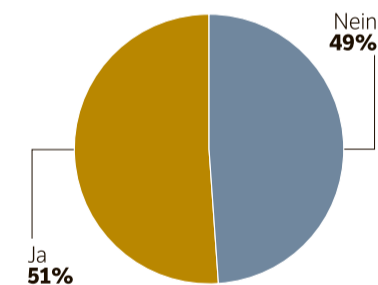
Sollten Plastiksäckli überall fünf Rappen kosten?

Ja **Nein**

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch, www.bzbasel.ch, www.basellandschaftliche.ch, www.solothurnerzeitung.ch, www.grenchnertagblatt.ch, www.limmattalerzeitung.ch, www.oltnerzeitung.ch. «Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage»»
Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Fürchten Sie sich vor einem Börsencrash?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Frau aus Pakistan bekommt ihr Kind im Flugzeug.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Tagliatelle mit Pfeffer-Sauerkraut

Zutaten für 4 Personen

- 1 Bund Frühlingszwiebel
- 1 gehäufte Teelöffel rote Pfefferkörner getrocknet
- 2 Esslöffel Butter
- 400 g Sauerkraut
- 2 1/2 dl Gemüsebouillon
- 150 g Crème fraîche
- Salz, Pfeffer
- 300 g Tagliatelle (mittelfeine Nudeln)
- 1 Bund Schnittlauch

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken. SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo

Energiepolitik

Was die Richtungsentscheide für die Konsumenten –

Stromlobby vor Triumph

Die Räte beschliessen heute wohl eine zusätzliche Unterstützung für die Wasserkraft. Die Zeche bezahlen die Kunden, so Kritiker.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Manche Parlamentarier mögen die Wortkombination schon kaum mehr hören – auf ihrem Tisch liegt heute zum wiederholten Mal der «Um- und Ausbau der Stromnetze». Dabei wäre das Gesetz, das die Rechtssicherheit beim Infrastrukturausbau erhöhen und die Verfahren beschleunigen will, im Grundsatz unbestritten. Um einen eigentlich systemfremden Artikel ist nun aber ein heftiger Streit entfacht.

Konkret geht es um Massnahmen, mit denen die einheimischen erneuerbaren Energien unterstützt werden sollen. Profitieren würde in erster Linie die (Klein-)Wasserkraft, die teilweise unter den tiefen europäischen Strompreisen leidet. Der Ständerat hat im Verlauf der Beratungen eine Klausel ins Gesetz geschrieben, das den Elektrizitätsunternehmen erlauben würde, die Kosten der Eigenproduktion ihren gebundenen Endkunden – also Haushalten und KMU, die ihre Stromversorger nicht frei wählen können – vollständig anzulasten. Sprich: Für die Kleinen würde die Stromrechnung teurer. Vom günstig zugekauften Strom profitierten nur Grosskunden.

Weil der Nationalrat nicht auf diese Linie einschwenken wollte, kam es zwischen den Räten gestern Morgen zur Einigungskonferenz. Der daraus resultierende Antrag kommt der Ständeratsvariante nahe, er unterstützt Produktionsanlagen aber unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Dies

gilt für Unternehmen, die ihren Kunden ohnehin schon einheimische, erneuerbare Energien anbieten, und gibt ihnen einen zusätzlichen Anreiz, da sie diesen Strom den Kunden zu Gestehungskosten verrechnen dürfen. Diese liegen (deutlich) über den europäischen Marktpreisen.

Im Stöckli dürfte die Vorlage glatt durchkommen. Spannender wird es im Nationalrat. Aufgrund eines Minderheitsantrags der SVP stehen die bürgerlichen Parlamentarier nämlich vor der Frage: Schlucken wir eine aus liberaler Optik unliebsame Massnahme oder lehnen wir sie ab und lassen damit das ganze, ansonsten weitgehend unbestrittene Gesetz scheitern?

Die SVP wird sich einigermaßen geschlossen für Variante zwei entscheiden. Wortführer Christian Imark (SO) spricht von einem «vorgezogenen Weihnachtsgeschenk für die Verteilnetzbetreiber». Die Zeche hätten die Endkunden über einen höheren Strompreis zu bezahlen. Da Mitte-Links den Antrag der Einigungskonferenz mit Ausnahme von vereinzelten, konsumentenschützerischen Stimmen grossmehrheitlich tragen wird, ist die SVP auf die FDP angewiesen.

Dort jedoch gibt es abweichende Haltungen, gerade aus bäuerlichen Kreisen – was letztlich den Ausschlag geben dürfte. Sie erachten das Gesetz als zu wichtig, um es zu kippen, und verweisen darauf, dass die Massnahme bis Ende 2022 beschränkt ist. Das Datum ist nicht zufällig gewählt: Bis dann wird der Strommarkt – Stichwort Marktdesign – ohnehin neu geregelt.

«Ich ärgere mich, wenn man von unbefristetem

Bevölkerung und Parlament stützen erneuerbare Energien. Welche Rolle spielt da die Atomenergie noch? Der Präsident des neuen Branchenverbandes erklärt.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Michaël Plaschy, eines der Ziele Ihres neu konstituierten Verbandes (siehe Infobox) ist, «die Akzeptanz der Kernenergie in der Bevölkerung zu stärken». Das liegt, ein halbes Jahr nach dem vom Stimmvolk beschlossenen Atom-Ausstieg, ziemlich quer in der Landschaft.

Michaël Plaschy: Swissnuclear gibt es schon länger, wir mussten nach der Auflösung von Swisselectric eine neue Rechtsform finden. Das erwähnte Ziel ist alles andere als überholt. Die Bevölkerung hat sich für einen geordneten Atomausstieg ausgesprochen. Die bestehenden Werke laufen weiter, solange sie sicher sind. Unser Fokus gilt dem Langzeitbetrieb.

Was heisst das konkret? Wie lange sollen – abgesehen von Mühleberg, das 2019 vom Netz gehen wird – die AKW noch laufen?

Unsere Planungen gehen von einem Betrieb von 60 Jahren aus – für Leibstadt wäre das also bis 2044. Das rechtfertigt auch die dreistelligen Millionenbeträge, welche die Werke in den vergangenen Jahren in die Sicherheit investiert haben.

Jetzt sagen Sie: Nach 60 Jahren ist Schluss. Sind es in ein paar Jahren dann 70 oder 80 Jahre?

In den USA gibt es Werke, die in solchen Zeiträumen planen. Bei uns steht das derzeit nicht zur Diskussion. Wir haben gar nie berechnet, welche zusätzlichen Investitionen nötig wären.

Beznau I hat letzte Woche ein unrühmliches Jubiläum «gefeiert» – es steht seit 1000 Tagen still. Wird es je wieder laufen?

Das weiss ich nicht. Beznau gehört der Axpo, ich kenne nicht alle Details. Fakt ist: Auch in Beznau wurden Millionen Franken investiert, in Bezug auf die Systeme ist die Anlage extrem sicher. Die Materialuntersuchungen im Reaktordruckgefäss sind noch im Gange. Am Ende entscheidet alleine die Sicherheit – wir können und möchten dabei nicht der Arbeit der Atomaufsichtsbehörde (Ensi) vorgehen. Wir wehren uns nur dagegen, dass auch politische Betrachtungen in den Entscheid des Ensi einfließen.

Nicht immer waren die Betreiber so zufrieden mit dem Ensi.

Es ist in der Tat so, dass die Behörde uns das Leben manchmal schwer macht. Die Anforderungen an uns sind sehr hoch, und sie wurden nach dem Reaktorunfall von Fukushima noch verschärft. Das ändert nichts an der Tatsache, dass es diese unabhängige Instanz braucht, welche die Betriebsbewilligung eines Werks jederzeit sistieren darf. Ich ärgere mich, wenn man von «unbefristetem Betrieb» spricht.

Das Problem ist doch: Die Betreiber haben schon so viel Geld investiert, dass sie die Werke nun um jeden Preis lange laufen lassen müssen.

Die Fixkosten in einem KKW sind hoch, unabhängig davon, ob die Werke laufen oder nicht. Umso wichtiger ist es, die Verfügbarkeit und Jahresproduktion hoch zu halten. Oberste Prämisse ist die Sicherheit. Dafür investieren wir laufend beträchtliche Summen. Das dient wiederum dem Ziel des Langzeitbetriebs. Der Weiterbetrieb ist also nicht eine finanzielle Notwendigkeit, sondern ein erwünschtes Ziel.

Mehrere Elektrokonzerne sind in Finanznöten oder mussten gar Insolvenz anbieten. Hand aufs Herz: Die Nuklearbranche befindet sich auf einem sinkenden Schiff.

Wenn man eine weltweite Betrachtung macht, stimmt die Aussage nicht. Über 50 Kernkraftwerke sind weltweit im Bau, viele mehr projektiert. Nur im deutschsprachigen Raum ist die Kernenergie heute eine Übergangstechnologie. An Neubauprojekte in der Schweiz denkt aber auch in unserer Branche niemand mehr. Das macht unsere Arbeit jedoch noch lange nicht überflüssig. Der zuverlässige Betrieb der bestehenden Anlagen muss im Hinblick auf die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Und denken Sie nur an die Entsorgung der nuklearen Abfälle – sie wird uns noch Jahrzehnte nach der Stilllegung der Werke beschäftigen.

Apropos Stilllegung und Entsorgung: Die Betreiber legen dafür je-

des Jahr Geld auf die Seite. Bis anhin kannten die periodisch durchgeführten Kostenschätzungen nur eine Richtung: Nach oben.

Je näher wir terminlich an den ersten Aktivitäten sind, desto genauer werden die Schätzungen. Wir können dabei auch von Erfahrungen unserer Nachbarländer, insbesondere Deutschland, profitieren. Die fünfjährigen Kostenstudien werden von mehreren unabhängigen Kostenprüfern untersucht. Bei Bedarf werden die Betreiberbeiträge angepasst. Damit funktioniert das System mit dem Stilllegungs- und Entsorgungsfonds insgesamt gut. Die Fonds sind auf Kurs.

Schliessen Sie aus, dass letztlich der Bund Geld einschiessen muss? Um diese Gefahr zu verringern, hat er den Betreibern erst kürzlich einen Zuschlag von 30 Prozent auf die Gesamtkosten aufgebracht.

Der Zuschlag wurde als temporär definiert, solange die Kostenstudie Prognosegenauigkeiten und Risiken noch nicht erweitert erfasste und detailliert auswies. Gemäss den behördlichen Vorgaben wurde dies nun in der Kostenstudie 2016 korrekt umgesetzt. Damit erübrigt sich dieser Zuschlag.

Wie ist es moralisch zu rechtfertigen, dass wir heute Abfälle produzieren, mit denen sich unsere Nachkommen in Tausenden Jahren noch herumschlagen müssen?

Die Entscheide, in der Schweiz auch auf Kernenergie zu setzen, sind demokratisch legitimiert. Die Abfallproble-

Das sind die wichtigsten Etappen der

■ Fukushima

Ausgelöst durch ein Erdbeben mit nachfolgendem Tsunami ereignet sich am 11. März 2011 im japanischen Fukushima der Super-GAU. Mehrere Reaktoren werden zerstört, grosse Mengen an radioaktivem Material freigesetzt.

■ Atom-Ausstieg

Nur drei Tage nach der Katastrophe sisiert der Bundesrat die Rahmenbewilligungsgesuche für neue AKW. Am 25. Mai 2011 beschliesst er den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie, das Parlament bestätigt den Entscheid ein halbes Jahr später.

und die AKW – bedeuten

Energiepolitik der letzten Jahre – und das steht noch bevor:

■ Energiestrategie

Das Parlament gleist in den Folgejahren die Energiestrategie 2050 auf. Ziel: Energieverbrauch senken, Effizienz erhöhen, erneuerbare Energien fördern und neue AKW verbieten. Im Mai 2017 stimmt das Volk zu. Die zweite Etappe scheitert im Parlament.

■ Atomausstiegs-Initiative

Den Grünen geht der Atom-Ausstieg zu wenig schnell, sie wollen die Laufzeit der bestehenden AKW begrenzen. Das Anliegen scheitert im November 2016 an der Urne.

■ Um- und Ausbau Stromnetze

Um die Infrastruktur für die Energiewende fit zu machen, ändert das Parlament das Gesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze. Es enthält voraussichtlich auch Massnahmen zugunsten von einheimischen, erneuerbaren Energien.

■ SO GEHTS WEITER

Nicht zuletzt nach dem Scheitern des Klimalenkungssystems – der zweiten Etappe der Energiestrategie 2050 – bleiben in der Energiepolitik viele Fragen offen. Dass die Strompreise europaweit im Keller und viele Marktteilnehmer deshalb in finanziellen Nöten sind, kommt erschwerend hinzu. Unter dem Stichwort «Marktdesign» wird nach Lösungen für die Rahmenbedingungen gesucht. Offen ist überdies, ob der Schweizer Strommarkt vollständig liberalisiert wird.



Fiat Lux: Die Versorgungssicherheit ist zentrales Element der Energieebatten.

STEFFEN SCHMIDT/KEYSTONE

Betrieb spricht»

matik ist vorhanden, und dass sie mit einem geologischen Tiefenlager technisch sicher lösbar ist, wurde schon vor rund zehn Jahren vom Bundesrat bestätigt. Das Volumen der nuklearen Abfälle ist überschaubar: Es entspricht ungefähr der Halle des Hauptbahnhofs Zürich. Für eine Technologie, die während 60 Jahren rund 40 Prozent unseres Strombedarfs gedeckt hat, finde ich das auch moralisch gerechtfertigt. Unabhängig davon muss man auch die Vorteile der Kernenergie berücksichtigen – etwa die CO₂-freie Produktion.

Schaffen wir den Umbau unserer Energieversorgung hin zu mehr erneuerbarer Energie?

Der Fahrplan ist ambitioniert. Wenn man die Betriebszeit unserer Kernkraftwerke nicht beschränkt, sollte die Zeit reichen, um neue Technologien zu entwickeln. Derzeit ist Kernenergie aber noch ein absolut zentraler Faktor unserer Versorgungssicherheit.

Die Produzenten von Wasserkraft klagen, dass sie ihre Werke kaum mehr rentabel betreiben können. Wie steht es finanziell um die AKW?

Der Preis der Kernenergie ist weiterhin kompetitiv, gerade im Vergleich zur Wasserkraft. Im Durchschnitt kostet eine Kilowattstunde Strom aus dem KKW rund 5 Rappen, was sogar weniger ist als früher. Davon ist die Wasserkraft weit entfernt. Aber auch wir kämpfen mit den Verzerrungen des Marktes. Die europäischen Strompreise liegen unter unseren Gesteungskosten.

Wäre es, rein ökonomisch betrachtet, also nicht lukrativer, die AKW ruhen zu lassen, bis die Strompreise wieder steigen?

Nein. Unsere Fixkosten sind so hoch, dass sich's so oder so lohnt, zu produzieren – auch bei tiefen Strompreisen.

Sie werten es als Erfolg, dass in einer von Ihnen in Auftrag gegebenen Umfrage 66 Prozent der Befragten die AKW als «sicher bis sehr sicher» erachten (siehe Infobox). Fakt ist aber: Vor nur einem Jahr waren es noch fast 4 Prozent mehr.

Die Umfrage wurde kurz nach der emotional geführten Energiegesetz-Abstimmung durchgeführt. Hinzu kommt, dass die temporären Ausserbetriebnahmen von Beznau I und Leibstadt von der Bevölkerung manchmal falsch interpretiert wird. Da wird viel vermischt.

Stand jetzt, ist der Neubau eines AKW in der Schweiz kein Thema. Ist das Kapitel Atomenergie für alle Fälle geschlossen?

Die Nuklearforschung geht zum Glück auch hierzulande weiter, und wenn eine neue, bessere Technologie marktreif sein sollte, muss die Frage neu erörtert werden. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren sehe ich eine solche Entwicklung aber nicht.



Michaël Plaschy ist Präsident von Swissnuclear und Geschäftsleiter der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG.

UMFRAGE VON SWISSNUCLEAR

Atomenergie abgestützt – aber im Sinkflug

Im Zuge der Auflösung von Swiss-electric musste sich Swissnuclear – die frühere Fachgruppe Kernenergie – neu aufstellen. Seit Oktober ist Swissnuclear nun ein eigenständiger Verein unter dem Präsidium von Gösgen-Geschäftsleiter Michaël Plaschy und vertritt die Interessen der Atomkraftwerk-Betreiber Axpo, BKW, Kernkraftwerk Leibstadt AG und Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG.

Eine von Swissnuclear jährlich in Auftrag gegebene Umfrage soll die Haltung der Bevölkerung zur Kernenergie aufzeigen. Die Ergebnisse, die der «Nordwestschweiz» vorliegen, lassen auf eine weiterhin breite Akzeptanz schliessen. So geben 85 Prozent der Befragten an, dass Bevölkerung und Wirtschaft in den vergangenen Jahren von Atomstrom profitiert hätten – dank hoher Versorgungssicherheit, tiefen Strompreisen und der Einsparung von fossilen Brennstoffen. 54,6 Prozent bejahten die Frage, ob die bestehenden Atomkraftwerke für die Stromversorgung notwendig seien – 2008 waren es noch 73 Prozent. 66,5 Prozent halten die bestehenden Anlagen für eher sicher bis sehr sicher, im Vorjahr waren es 70 Prozent. 64,5 Prozent wollen, dass die AKW so lange betrieben werden, wie sie sicher sind (2014: 70 Prozent). Eine knappe Mehrheit der Teilnehmer ist – kurz nach dem Volkentscheid zugunsten des geordneten Atom-Ausstiegs – der Meinung, dass die Atomenergie «im Falle von technologischen Fortschritten wieder in Betracht gezogen werden soll». (FUM)

UMWELTSCHUTZ

Der Bluff mit den Plastiksäckli

Migros und Coop feierten einen massiven Rückgang beim Verschleiss von Einwegsäckchen. Die hohen Zahlen sind aber nur der eine Teil der Wahrheit.

VON DANIEL FUCHS

Mit italienischem Akzent nehmen Mitarbeiterinnen die Bestellungen für Take-away-Kaffee entgegen. Im Kühlregal liegen einzeln und in viel Karton und Plastik verpackt sizilianische Süßspeisen. Es riecht nach frisch gebackener Focaccia. Willkommen bei Saporì d'Italia im Bahnhof Aarau, dem ersten und bisher einzigen Convenience-Shop von Coop, der auf italienische Spezialitäten setzt.

Vor dem Lokal stehen die Abfall- und Recycling-Kübel der SBB. Sie quellen mit fortgeschmissenen Verpackungsmaterialien des Italien-Shops über. Im Laden bezahlen Kunden an der Kasse. «Darf es ein Säckli sein?», fragt die Verkäuferin. Was das Säckli denn koste, fragt der Kunde. «Nichts», antwortet die Coop-Angestellte, «Sie sollen sich hier schliesslich fühlen wie in Italien.»

Fachgeschäfte scheren aus

Italienisches Essen gekoppelt mit viel Verpackung soll hier also die Italianità verströmen, mit der Coop das Testlokal bewarb. Dabei vermeldete der Basler Detailhandelsriese erst vor kurzem an der Seite der Konkurrentin Migros einen Einbruch des Plastiksäckli-Verschleisses zugunsten der Umwelt. Um 80 bis 90 Prozent sei die Nachfrage nach den Raschelsäckchen an den Supermarkt-Kassen eingebrochen, seit die Detailhändler den Preis auf fünf Rappen pro Säckli festgelegt hätten. Migros hatte das Gratis-Säckli im Herbst 2015 aus ihren Supermärkten verbannt, Coop zog Anfang 2016 nach.

Was die beiden Schweizer Grossisten allerdings nur nebenbei erwähnen: Gratis-Säckli gibt es nach wie vor in den Fachgeschäften der beiden Firmen, zum Beispiel in den Heimwerk-Geschäften Coop Bau + Hobby und Migros Do it + Garden oder in den kleineren Convenience-Shops von Migrolino und Coop Pronto. In der verkündeten Reduktion von bis zu 90 Prozent sind die Gratis-Säckli aus diesen Läden nicht einberechnet. 6,5 Millionen Stück sind es in den Pronto-Shops, wie eine Sprecherin mitteilt. Ebenfalls nicht berücksichtigt für die Berechnungen sind die transparenten Gratis-Säckli für Früchte und Gemüse (wie es sie auch in normalen Coop- und Migros-Supermärkten gibt).

Hinzu kommen die Gratis-Tragetaschen, die es etwa für Textilien oder in den Fachmärkten gibt. Mit aller Konsequenz verbannen weder Migros noch Coop die Grattisäcke aus ihren Märkten.

Bald kostets auch bei Migrolino

Zumindest Migros geht nun einen Schritt weiter. Wie die «Nordwestschweiz» weiss, plant die Migros-Tochter Migrolino bereits in ein paar Wochen die Einführung des kostenpflichtigen Plastiksacks. Per 1. Januar sollen auch Kunden in Migrolino-Shops einen Fünfräppler fürs Säckli bezahlen. Anders bei Coop: Bei Saporì d'Italia und den von der Coop Mineralöl AG geführten Coop-Pronto-Shops will man von kostenpflichtigen Plastiksäckli nichts wissen. Das Einkaufsverhalten in Convenience-Shops unterscheidet sich eben stark von jenem in Supermärkten, so die Sprecher. Die Kundschaft mache dort viel mehr Spontan- und Kleinkäufe. Coop betont, diese Praxis entspreche der Branchenvereinbarung, hinter der auch das Bundesamt für Umwelt steht. Die Detailhändler führten die Säckli-Gebühr an den Supermarkt-Kassen freiwillig ein und kamen so einem Schweizer Plastiksackverbot zuvor.

Wer sich mit Gratis-Säckli eindenken will, der kann das trotzdem weiterhin tun. Zum Beispiel in einem Bau+Hobby-Geschäft in der Berner Agglo: Dort suchen Rentner nach den richtigen Schrauben. An der Kasse können sie sich frei mit Einwegsäckli bedienen. Diese liegen beim Förderband gleich rollenweise auf. Und Einwegsäckli bedeutet hier auch wirklich Einwegsäckli. Sie sind so dünn, dass sich kantige Werkzeuge oder Schrauben nur schwer sicher nach Hause bringen lassen. Kaum stabiler sind die Recycling-Säckli mit Strichcode der Migros, die versuchsweise an den Self-Checkout-Kassen in der Do-It-Filiale der Berner Innenstadt aufliegen. Anders als in einem Migros-Supermarkt gibt es hier das erste Säckli pro Einkauf gratis.

Um italienisches Flair ist Coop im neuen Saporì d'Italia gleich auf allen Ebenen bemüht, wie das eingangs erwähnte Zitat der Kassiererin beweist. Was sie nicht weiss: Mit einem generellen Plastiksack-Verbot hat Italien die Gratis-Sack-Kultur bereits 2011 aus den Läden verbannt.



Bald kostenpflichtig: Einwegsäckli bei Migrolino.

CHRISTIAN BEUTLER/KEYSTONE